

**Die Gründung des Vereins
„Arbeitskreis Menschenrechte in Weißrussland e.V.“
Berlin
2004**

1. Die Dokumentation der Verletzung von individuellen Menschenrechte

In Belarus/Weißrussland - einem Nachfolgestaat der Sowjetunion - werden seit der Umwandlung des demokratisch verfassten Staates in einen autoritären, wenn nicht totalitären Staat im November 1996 (Verfassungscoup des 1994 in demokratischen Wahlen gewählten Präsidenten Alexander Lukaschenko) die Menschenrechte mit Füßen getreten:

- die Gewaltenteilung zwischen legislativer, exekutiver und judikativer Gewalt wurde aufgehoben. Das Parlament (zwei Kammern) und die Justiz sind Werkzeuge des Staatspräsidenten und seines Apparats. Der Haushalt des Präsidenten ist geheim und unterliegt nicht der parlamentarischen Kontrolle.
- Entgegen der Verfassung hält der Staat das Monopol bei den elektronischen Medien und schwächt die nichtstaatliche Presse auf dem Wege über diskriminierende wirtschaftliche Rahmenbedingungen
- Versammlungs- Konfessions- und Redefreiheit – von der Verfassung geschützt – werden durch Gesetzgebung, administrative Akte und Strafgesetze ausgehöhlt, die Bevölkerung eingeschüchtert und die formal bestehende politische Opposition sowie die selbständigen Gewerkschaften ungestraft vom Regime in der Öffentlichkeit diffamiert.
- Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit hat das Regime im Jahre 1999 und im Jahre 2000 politische Gegner eliminiert (Zakharenko, Gonchar, Krasowski, Sawatzki), möglicherweise auch Gennadij Karpenko.
- Nichtregierungsorganisationen werden im Wege administrativer Schikanen daran gehindert, ihre Ziele zu realisieren, z.B. als Rechtsanwälte Angeklagte in politischen Prozessen juristisch zu beraten.
- Verfolgte des Regimes stehen mittellos da.

2. Es besteht Handlungsbedarf in der freien Welt:

- Die Verletzung der Menschenrechte in Weißrussland muss dokumentiert, das Regime in der internationalen, aber auch in der deutschen Öffentlichkeit bloßgestellt werden.
- Parlamentarische Einrichtungen müssen sich mit der Situation der Menschenrechte in Weißrussland und in den benachbarten Staaten befassen und die Weltöffentlichkeit auf das in Weißrussland ständig geschehene Unrecht nachhaltig aufmerksam machen.
- Regierungen müssen zum Handeln gedrängt werden.

- Nichtregierungsorganisationen müssen für gemeinsame Aktionen gewonnen werden.
- Spenden müssen gesammelt werden, um Rechtsbeistand in Belarus zu leisten, betroffene Familien zu unterstützen und in der freien Welt Anklage vor Gericht gegen die Personen in Belarus erhoben werden, die gegen das allgemeine Strafrecht verstoßen haben.
- Den Medien müssen Unterlagen über gravierende Menschenrechtsverletzungen in Weißrussland zugeleitet werden.

Es fällt schwer, Regierungen zum Handeln zu bringen, weil außenpolitische Interessen dem entgegensetzen scheinen. Weißrussland und die Menschen, die in diesem Unrechtsstaat zu leben haben, finden kaum internationales Interesse und Aufmerksamkeit.

Eine Ausnahme bildet der Umstand, dass die Parlamentarische Versammlung des Europarats im Jahre 2004 den Bericht des Unterausschusses unter dem Vorsitz des zypriotischen Abgeordneten Christos Pourgourides über das Schicksal von Verschwundenen in Belarus angenommen hat, in dem das Lukaschenko-Regime mit der Verantwortung für den Tod der verschwundenen Personen schwer belastet wird.

Die Öffentlichkeit in den unmittelbaren und mittelbaren Nachbarstaaten des zu Europa gehörenden Weißrussland sollte stellvertretend für die in diesem Land unterdrückten Menschen in allen nationalen und internationalen Strukturen das Gewissen anderer Menschen wachrufen, sich für die Opfer der politischen Verfolgung in Belarus einzusetzen.

3. Die Vereinigung „Menschenrechte in Weißrussland e.V.“, Berlin

Die Anschrift des im Dezember 2004 beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg registrierten Vereins lautet:

Postfach 330 516
14175 Berlin

Tel: 0049 30 8909 6748

Fax: 0049 30 8909 6675

E-Mail: >info@human-rights-belarus.org<

URL: www.Human-RightsBelarus.org

Vorsitzender: Dr. Hans-Georg Wieck, Berlin, Botschafter a. D.
OSZE-Botschafter in Minsk 1997-2001

Stellvertretende Vorsitzende: Stefanie Schiffer, Schatzmeisterin, Berlin
Geschäftsführerin Deutsch-Russischer Austausch e.V.

Stellvertretende Vorsitzende: Heike Prestin, Geschäftsführerin, Berlin